

## Bundeswahl unter Druck: Weniger Abgeordnete, mehr Sorgen in Hessen!

Hessen steht vor Herausforderungen im Bundestag: fehlende Direktkandidaten, Reformen und regionale Interessen im Fokus.



Am 10. März 2025 steht der Bundestag vor einer tiefgreifenden Herausforderung. Die Stadt Darmstadt wird im neuen Parlament nicht durch einen Direktkandidaten repräsentiert. Dies wirft Bedenken bei Kommunalpolitikern auf, die um eine adäquate Vertretung ihrer Region fürchten. Michael Brand, der CDU-Landesgruppenchef, äußerte sein Verständnis für diese Sorgen und bezeichnete die Situation als „Schaden mit Ansage“.

Direktkandidaten spielen eine entscheidende Rolle als Fürsprecher ihrer Wahlkreise. Sie vertreten wichtige Anliegen wie kommunale Projekte, die Schaffung von schnellem Internet, Infrastrukturmaßnahmen, Denkmalpflege und die Forschungsförderung. Astrid Mannes, die direkt gewählte CDU-

Abgeordnete, ist in der aktuellen Lage jedoch nicht in der Lage, die Interessen von Darmstadt in Berlin zu vertreten. Dies verstärkt die Sorgen um die Zukunft der Repräsentation in der Region.

## **Ein neues Wahlrecht mit weitreichenden Folgen**

Das neue Wahlrecht, das im Juni 2023 in Kraft trat, hat dazu geführt, dass nicht alle direkt gewählten Wahlkreis-Kandidaten automatisch ins Parlament einziehen können. Laut einem Bericht von [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) wurde die Anzahl der Abgeordneten im Bundestag von 736 auf 630 reduziert. Dies geschah im Rahmen einer Reform, die von der Ampelkoalition initiiert wurde und die Streichung von Überhang- und Ausgleichsmandaten beinhaltete.

Die Reform hat zur Folge, dass Direktkandidaten nun die Anzahl der Zweitstimmen ihrer Partei erreichen müssen, um im Bundestag vertreten zu sein. Dies könnte besonders in größeren Städten dazu führen, dass Wahlsieger weniger Chancen haben, einen Platz im Parlament zu erhalten. Beispielsweise könnte Sertac Bilgin, ein CDU-Kandidat im Wahlkreis Ludwigshafen-Frankenthal, trotz eines möglichen Wahlsiegs nicht in den Bundestag einziehen.

Professor Volker Boehme-Neßler äußerte Bedenken, dass das neue Wahlgesetz das Vertrauen in die Demokratie untergraben könnte. Er kritisierte, dass durch die Reform die Macht der Parteien gestärkt werde und die Listenplätze häufig hinter verschlossenen Türen entschieden werden, was die demokratische Transparenz gefährde.

## **Veränderte Strukturen und politische Reaktionen**

Die Änderungen im Wahlrecht stellen auch die Repräsentation in

den verschiedenen Wahlkreisen grundlegend in Frage. Nach der Reform dürfen nur Wahlkreisbewerber, die die relative Mehrheit der Erststimmen in ihrem Wahlkreis erhalten haben, einen Sitz bekommen, vorausgesetzt, ihre Partei hat ebenfalls genug Zweitstimmen erhalten. Räumt man Parteien mit weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen kein Mandat ein, könnte dies die politische Landschaft weiter destabilisieren.

In der aktuellen Diskussion über das neue Wahlrecht gibt es bereits Forderungen nach einer Reform. Bilgin und andere CDU-Kandidaten haben angekündigt, in der nächsten Legislaturperiode für eine Überarbeitung des Wahlrechts einzutreten, um die Vertretung der Bürger in den Bundestag zu gewährleisten.

Trotz des Zieles, den Bundestag zu verkleinern und seine Größe vorhersehbar zu machen, zeigt sich in der aktuellen Situation, dass die neuen Regelungen sowohl auf kommunaler als auch auf bundesweiter Ebene zu erheblichen Unsicherheiten führen können. Das Thema bleibt daher auch weiterhin von großer Bedeutung für die Demokratie in Deutschland.

Details	
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.n-tv.de">www.n-tv.de</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [aktuelle-nachrichten.net](http://aktuelle-nachrichten.net)**